

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbm d



Inhalt

40. Jahrgang / 210

4. November 1985

Erwin Horn MdB, Obmann der SPD im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, würdigt den Beitrag der Streitkräfte zur Bewahrung des Friedens: 30 Jahre Bundeswehr.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim SPD-Vorstand, zur Problematik der Gen-Technologie: Der Gesetzgeber muß sich stellen.

Seite 5

Dr. Renate Lepsius MdB, Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages, verurteilt die beabsichtigte Kürzung der Ausbildungsvergütungen im Krankenpflege- und Geburtshilfereich: Unausgegorene Konzepte.

Seite 6

30 Jahre Bundeswehr

Unsere Streitkräfte haben mit dazu beigetragen, den Frieden zu bewahren

Von Erwin Horn MdB
Obmann der SPD im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Am 12. November 1955 erhielten die ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungsurkunden als Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte. Dieses Datum war nicht zufällig gewählt. Es war der 200. Geburtstag Schamhorsts, einer der herausragenden Köpfe der preußischen Reformen von 1808 bis 1814, an deren Ideen die neue Wehrkonzeption bewußt anknüpfte.

Die Bundeswehr ist seit nunmehr 30 Jahren ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Der Grundsatz des Staatsbürgers in Uniform ist unbestritten. Staatsbürger in Uniform und Staatsbürger in Zivil begegnen sich vorurteilslos. Die Innere Führung als zeitgemäße Menschenführung war ein großer Wurf, da andere Staaten, auch Demokratien, ihr Verhältnis zu den Streitkräften nur aus der Vergangenheit ableiteten. Vieles von dem, was uns in den Streitkräften heute als Selbstverständlichkeit erscheint, vollzog sich in schwierigen Prozessen. In diesem Zusammenhang sei nur an die Kontroverse zwischen General a.D. Graf Baudissin und General A.D. Karst über die Grundsätze der Inneren Führung erinnert.

Die Bundeswehr hat sich bewährt und wesentlich dazu beigetragen, in den letzten 30 Jahren den Frieden für unser Land und Europa zu bewahren.

30 Jahre Bundeswehr sind Anlaß zum Rückblick auf die Leistungen in den vergangenen Jahren. Die sozialdemokratische Partei war in dieser Zeit konstruktiv-kritischer Begleiter der Bundeswehr und hat sie entscheidend mitgeformt und gestaltet. Zugleich nimmt die sozial-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed by Ditzert
on recycled paper
Recycling-Paper



demokratische Partei als einzige ihre Pflicht wahr, die Bundeswehr auf die absehbaren Probleme der nächsten Zukunft hinzuweisen und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten.

Daß wir uns in einer Umbruchsituation befinden, bedarf keiner detaillierten Erläuterung. Die Signale sind unübersehbar in den Bereichen der Naturwissenschaften, Technologie, Wirtschaft, der Gesellschaft und der Politik.

Die Außenpolitik antwortet nur zögernd auf diese Herausforderung und die Sicherheitspolitik hat sich faktisch abgekoppelt. Dies gilt für die Supermächte, aber auch für ihre Verbündeten.

Mit der beliebten These, die Rüstung sei das Ergebnis eines fundamentalen politischen Gegensatzes zwischen Ost und West und nicht umgekehrt, wird nicht nur eine unzulässige Vereinfachung vollzogen, sondern auch die Sicherheitspolitik subaltern zur Dienstmagd der jeweiligen exponierten politischen Ideologie herabgewürdigt.

Wenn die Zwecksetzung so zweifelsfrei ist, wird dann nicht mehr nach Sinn und Folgen der Entscheidung gefragt. Daß die Hochrüstungspolitik in Ost und West ihrerseits autonome Prozesse in Gang setzt, daß sie mindestens verschärfend und gefährdend wirkt, wird weitgehend verdrängt.

Wenn Ost und West nach vorsichtigen Schätzungen über 50.000 Nuklearsprengköpfe haben, dann sind die Auswirkungen überhaupt nicht mehr vorstellbar, wenn nur ein einziges Prozent zum Einsatz käme. Ich meine damit freilich nicht, daß eine Welt ohne Waffen ohne Berücksichtigung der Wirklichkeit und der Sicherheitsinteressen erreichbar ist.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus:

- 1.) Ein Einfrieren der atomaren Waffen auf den jetzigen Stand wäre möglich, ohne daß eine der beiden Weltmächte in eine sie mit Risiken belastende Nachteilsituation gegenüber der anderen geraten würde. Die These vom Fenster der Verwundbarkeit ist weniger Ausdruck eines gerechtfertigten Sicherheitsbedürfnisses als vielmehr Rechtfertigung für Entwicklung und Produktion neuartiger Rüstungssysteme, um militärische Überlegenheit herzustellen.
- 2.) Darüber hinaus ist eine beiderseitige tiefgreifende Reduzierung der vorhandenen Kapazitäten möglich, ohne daß dies zu Sicherheitsgefährdungen einer der beiden Weltmächte führt.
- 3.) Die Europäer sind aufgerufen, konkrete Vorschläge zur Entzerrung in Europa einzubringen. Die europäische Szene ist durch die größte Waffenanhäufung auf dem Erdball gekennzeichnet. Im Falle eines Konfliktes ist dieser Kontinent tödlich bedroht.

Deshalb müssen auch von Europa entscheidende Initiativen zur militärischen Entspannung auf unserem Kontinent ausgehen. Niemand kann von den Weltmächten verlangen, daß sie die Interessen Europas besser vertreten als die Europäer selbst.



Wenn Sozialisten die fruchtbare Utopie einer waffenlosen Welt erstreben, dann fällt den Europäern eine besondere Aufgabe zu, denn der geschichtliche Boden des freiheitlichen Sozialismus ist Europa, nicht die USA und nicht die Sowjetunion. Die Entwicklung selbst kann sich jedoch nur in Stufen, in mühevollen Prozessen vollziehen.

Worin besteht die Herausforderung Europas, und wie stellt sich die besondere Verantwortung der Europäer dar?

Chemische Waffen sind militärisch fragwürdig, gefährden die eigene Bevölkerung und entbehren selbst als Repressalienwaffen eines Sinnes. Verengtes militärisches Denken in den Kategorien der Schichtenparität trübt die politische Sicht und lähmt die Entscheidung.

Die Bundesrepublik Deutschland steht eindeutig zum westlichen Bündnis. Dauererklärungen dazu sind nicht nur überflüssig; die dauernde Bestätigung von Selbstverständlichkeiten wird auch bei Freunden als peinlich empfunden. Am Beispiel der chemischen Waffen wird jedoch eine unterschiedliche Interessenlage zwischen unserem Land und den USA ersichtlich.

Fürchten die USA, daß ein Konflikt in Europa nicht begrenztbar ist und den atomaren Weltbrand auslöst, so besteht die Sorge der Europäer darin, daß rüstungstechnologische Bedingungen geschaffen und Szenarien geplant werden, die wieder einen auf Europa lokalisierten Krieg ermöglichen. Die Entwicklung von Kriegsführungsmöglichkeiten in Europa mittels gehobener Technologie, neuer chemischer Waffen und der Modernisierung der eurostationierten Nuklearwaffen widerspricht den existentiellen Interessen unseres Landes.

Deshalb ist der Montebello-Beschluß zweideutig und politisch gegen unsere nationalen Interessen gerichtet. Die Verringerung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist nur eine, die Modernisierung die andere, folgenschwere Seite dieses Beschlusses. Konnte man zur Zeit des amerikanischen Atomwaffenmonopols, ja selbst noch zur Zeit der amerikanischen Atomwaffendominanz dieser Strategie einen militärischen Sinn abgewinnen, nämlich gegen überlegene Panzerkräfte des Gegners mit dem Einsatz von Nuklearwaffen drohen, so ist dies durch die Zeit überholt.

Angeichts der Tatsache, daß die Sowjetunion mindestens ein gleichstarkes auf Europa gerichtetes Nuklearpotential aufgebaut hat, das bezogen auf Wurfgewichte, Raumenge und Bevölkerungsdichte in Europa eine unvergleichlich verheerendere Wirkung hätte, gibt es noch nicht einmal eine militärische Ratio für den Einsatz von nuklearen Waffen in Europa.

Es entfällt auch das politische Motiv der Abschreckung: denn welchen Sinn macht die Drohung mit unterlegenen Mitteln? Der Weg in die 50er Jahre zurück ist versperrt. Statt perspektivloser technischer Rüstungsspirale ist die politische Vernunft gefragt, der Weg zu Verhandlungen.

Viele Bundeswehrsoldaten sehen dieses Dilemma, in das uns die jetzige Regierung hineinführt. Die Perpetuierung der heutigen Politik nach dem Motto „immer mehr, immer wirksamere Waffen“ führt nicht weiter. Das Abenteuer der Weltraumrüstung weckt Skepsis und Kritik, da die Folgen kaum abzuschätzen sind. Deshalb wachsen immer mehr Zweifel am Auftrag bei unseren Soldaten. Eine Studie, die vom Verteidigungsminister geheimgehalten wird, bestätigt diese Tatsache. Zwei Drittel der Wehrpflichtigen, mehr als die Hälfte der Zeit- und Berufssoldaten und mehr als ein Drittel der Offiziere halten einen atomaren Einsatz für nicht gerechtfertigt und damit undurchführbar, weil dadurch gerade das zerstört wird, was man vorgibt, verteidigen zu wollen.

Diese Zweifel am Auftrag werden wachsen, weil die jetzige Bundesregierung keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt. Im Gegenteil: Bundeswehr und Gesellschaft werden in eine ausweglosere Situation gedrängt. Die Konservativen in den USA und in der Bundesrepublik sind einseitig von der in der NATO vereinbarten Politik abgewichen. Wer fordert, daß der Begriff „Entspannung“ gestrichen oder ersetzt werden müsse, befindet sich nicht mehr in Übereinstimmung mit der im Harmel-Bericht vereinbarten Politik, daß Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit und Entspannung herzustellen sei.

Die amtliche Gesundheitsbeterei kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Zweifel und Besorgnisse ob der jetzigen Regierungspolitik in unserer gesamten Gesellschaft und damit auch in der Bundeswehr ausbreiten.

Selbst gutmeinende unkritische Soldaten glauben nicht an die Vorlagen des Ministers zur Bundeswehrplanung in den 90er Jahren. Sie fürchten zu recht, daß die Probleme auf der Zeitachse verschoben und dann überhastet als Strukturreform auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden.

Der Eiertanz des Ministers um den vorgesehenen Traditionserlaß ist geradezu unwürdig. Helmut Schmidt ergriff solche Gelegenheiten zu einem großartigen Dialog mit Öffentlichkeit und Bundeswehr; das war government by discussion. Das Versteckspiel des jetzigen Amtsinhabers in dieser Angelegenheit ist geradezu peinlich in diesem sensibelsten Bereich der Inneren Führung.

Fritz Erler nannte einmal den Machtwechsel in der Bundesrepublik die Bewährungsprobe für die Bundeswehr. Die Bundeswehr hat diese Bewährungsprobe eindeutig bestanden. Es gibt keinen Anlaß zum Zweifel an der demokratischen Grundhaltung der Soldaten. Die Bundeswehr hat zugleich unter oft schwierigen Bedingungen Ihren Auftrag erfüllt und somit zur Sicherung des Friedens für unser Land und Europa wesentlich beigetragen.

Die Bundeswehr hätte eine bessere politische Führung verdient. Es ist Aufgabe der SPD als Opposition durch konstruktiv-kritische Beiträge eine sachgerechte Analyse vorzunehmen und daraus abgeleitet überzeugende Vorstellungen zu entwickeln, in denen die Bundeswehr als politisches Instrument zur Friedenssicherung seinen bedeutenden Stellenwert hat.

(-/4.11.1985/rs/ks)

+ + +



Gen-Technologie bedarf der Kontrolle

Der Gesetzgeber muß sich stellen

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim SPD-Vorstand

Ärzte, Ethiker, Theologen und andere Fachwissenschaftler haben sich jahrelang in intensiver Diskussion mit den Problemen auseinandergesetzt, die neue medizinische Techniken der künstlichen Befruchtung sowie die Anwendung der Gen-Technologie am Menschen aufwerfen. In die Öffentlichkeit ist von dieser Fachaueinandersetzung bislang zu wenig gedrungen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben aber heute schon die begründete Sorge, daß diesen neuen medizinischen und gentechnologischen Methoden nicht freier Lauf gelassen werden darf. Soll wirklich außerhalb des Mutterleibes menschliches Leben erzeugt werden können und wie darf mit ihm umgegangen werden? Soll ein Arzt nur verheirateten Paaren zu einem Kind verhelfen und muß er unverheiratete Paare, die ihren Kinderwunsch nur mit Hilfe einer künstlichen Befruchtung erfüllen können, die Tür weisen? Wenn aber der Staat ja zur künstlichen Befruchtung sagt, darf es bei uns kommerzielle Samenbanken geben, die womöglich noch in Katalogen lauter Einsteins anpreisen? Darf der Staat Leihmütter dulden? Dürfen gar Wissenschaftler durch Manipulation am Gen neue Menschen züchten?

Über diese Fragen müssen alle mitreden können, nicht etwa, weil jeder von diesen neuen Techniken selbst betroffen wäre, sondern weil diese Techniken ethische, religiöse und rechtliche Grundüberzeugungen in der Bevölkerung berühren. Deshalb müssen sich Wissenschaftler und Ärzte ihrer Verantwortung bewußt sein und sich der Öffentlichkeit stellen. Deshalb müssen aber auch die Parteien, die im Bundestag Gesetze machen, die Regierungen in Bonn und in den Bundesländern, der Bevölkerung sagen, welche Verantwortung auf den Staat und die Gesellschaft zukommen.

Als erste politische Partei in der Bundesrepublik Deutschland macht die SPD dazu Vorschläge. Diese Vorschläge hat die Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim Parteivorstand der SPD unter meinem Vorsitz in einjährigen intensiven Beratungen entwickelt. Keiner in der Kommission hat es sich mit dieser Arbeit leichtgemacht. Viele Persönlichkeiten, auch außerhalb der Kommission, haben mit Rat und wertvollen Hinweisen zur Seite gestanden.

Der Vorstand der SPD hat diese Vorschläge gebilligt und der Öffentlichkeit als Diskussionsvorschlag vorgelegt. Auch die Bundesregierung hat schon seit geraumer Zeit eigene Vorschläge angekündigt. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sie bald auf dem Tisch lägen. Viel Zeit kann sich der Gesetzgeber nicht mehr lassen. Er muß bald in einem Rahmengesetz klarstellen, wieweit mit den Methoden der künstlichen Befruchtung kinderlosen Paaren geholfen werden darf und wo die Grenzen bei der Anwendung der Gen-Technologie beim Menschen zu ziehen sind.

+ + +

Hinweis: Die „Sozialdemokratischen Vorschläge zur Lösung von Problemen der Unfruchtbarkeit und der Anwendung gentechnologischer Methoden beim Menschen“ können beim Parteivorstand der SPD, Abteilung Presse und Information, 5300 Bonn 1, bezogen werden. Dort liegen aus dem Bereich der Kommission für Innen- und Rechtspolitik ebenfalls vor: „Selbstbestimmung und Freiheitssicherung in der modernen Informationsgesellschaft - Sozialdemokratische Leitlinien zum Datenschutz“ / „Ausländerpolitik: Rechtssicherheit fördert Integration. Sozialdemokratische Leitsätze für ein neues Bundesausländergesetz.“
(-/4.11.1985/rs/ks)



Uausgeorene Konzepte der Wende-Regierung

Zur beabsichtigten Kürzung der Ausbildungsvergütungen im Krankenpflege- und Geburtshilfebereich

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Die beabsichtigte Kürzung der Ausbildungsvergütungen im Krankenpflege- und Geburtshilfebereich um bis zu 37 Prozent beweist die Uausgeoretheit der Konzepte der Bundesregierung in der Gesundheits- und der Ausbildungspolitik.

Denn die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hat ihr auf Anfrage mitgeteilt, daß die Beibehaltung der bisherigen Vergütungssätze für die Schülerinnen und Schüler unter anderem wegen der in die Ärzteausbildung neu eingeführten zweijährigen Praxisphase, genannt „Arzt im Praktikum“, ausgeschlossen sei. Da - so die Argumentation der Arbeitgeberorganisation - nach dem Willen des Gesetzgebers die Beschäftigung der „Ärzte im Praktikum“ kostenneutral sein solle, könnten diese „im ersten Jahr nur eine Vergütung von etwa 1.000,00 DM und im zweiten Jahr von etwa 1.150,00 DM erhalten. Deshalb sei es ausgeschlossen, für die Schülerinnen/Schüler, die nach dem neuen Krankenpflegesatz ausgebildet werden, die alten Vergütungssätze zu vereinbaren; denn dann erhielte eine Lernschwester/ein Lernpfleger im dritten Ausbildungsjahr mehr als ein Arzt im Praktikum, also mehr als ein Arzt, der ebenso ausgebildet ist, wie derzeit die Assistenzärzte nach dem Studium“.

Diesen neuen Aspekt in der Diskussion um die dramatische Kürzungsabsicht der kommunalen Arbeitgeber halte ich für „absurd“. Die Unterbezahlung der „Ärzte im Praktikum“ - im übrigen ein von der SPD kritisiertes unausgeorenes Konzept zur Bekämpfung der Ärzteschwemme - muß als Begründung herhalten für die drastischen Streichungen bei der Ausbildung im Krankenpflege- und Geburtenhilfebereich.

Dieses Beispiel zeigt neuerlich die Handlungsunfähigkeit der Regierung. Solche Konzepte führen zu künstlichen Verdrängungseffekten im Ausbildungsbereich, aber nicht zur Lösung des Problems. An die Adresse der Arbeitgeber richte ich bei aller Anerkennung der Tarifautonomie den Wunsch, einen vernünftigen Mittelweg zu finden.

(-/4.11.1985/rs/ks)

+ + +

